

**Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

## **Inhalt**

**Die 11. Landtagsitzung der XVIII. Gesetzgebungsperiode ..... 2**

*Aktuelle Stunde im Landtag*

**„Die Steiermark ist das Bildungsland Nummer 1“ ..... 3**

*Darlegung des Landesbudgets:*

**„Wir schauen mit Optimismus und Zuversicht in die Zukunft der Steiermark!“ ..... 4**

*Irreführung durch einige Oppositionsparteien*

**Neues Gesetz gewährleistet weiterhin beste Kinderbildung und -betreuung..... 5**

*ÖVP und SPÖ fordern Verlängerung und Anhebung der Schwellenwerte:*

**Wichtiger Antrieb für regionale Wirtschaft! ..... 7**

## **Die 11. Landtagssitzung der XVIII. Gesetzgebungsperiode**

Die 11. Landtagssitzung der laufenden XVIII. Gesetzgebungsperiode fand am 13. Oktober 2020 statt. Die Tagesordnung umfasste 15 reguläre Tagesordnungspunkte. Es gab einen Nachtragsordnungspunkt.

Es wurde von den NEOS eine Aktuelle Stunde zum Thema „*Corona-Chaos in steirischen Bildungseinrichtungen - Die Regierung hat den Sommer verschlafen!*“ an Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß eingebracht. Weiters wurden zwei Dringliche Anfragen sowie drei Befragungen an Mitglieder der Landesregierung behandelt.

**Die wichtigsten Inhalte der Sitzung findet sich auf den kommenden Seiten.**

*Aktuelle Stunde im Landtag*

## **„Die Steiermark ist das Bildungsland Nummer 1“**

**Die NEOS haben in der letzten Landtagssitzung eine Aktuelle Stunde zum Thema „Corona-Chaos in steirischen Bildungseinrichtungen - Die Regierung hat den Sommer verschlafen!“ an Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß eingebracht.**

Die NEOS haben der Landesregierung in der Aktuellen Stunde haltlos vorgeworfen, sich unter dem Vorwand von Corona bildungspolitisch in die 50er-Jahre zurück zu bewegen.

Landesrätin **Bogner-Strauß** entgegnete in ihrer Rede vor dem Landtag, dass die Lage in der Steiermark sehr, sehr stabil sei: „Die Maßnahmen greifen. Der eingeschlagene Weg ist gut und richtig. Im schulischen und elementarpädagogischen Bereich hält sich die Zahl der Infizierten in Grenzen. Zurückzuführen ist das auf die Disziplin der Steirerinnen und Steirer, auf die Maßnahmen die wir gesetzt haben und auch auf die Vorbereitungen die seitens des Landes und Bundes im bildungs- und elementarpädagogischen Bereichs getroffen wurden.“

Die Steiermark ist eines der ersten Bundesländer, das eine Ampel für den Kinderbildungs- und Betreuungsbereich eingesetzt hat, so Landesrätin **Bogner-Strauß**.

Landtagsabgeordneter Lukas **Schnitzer** ging in seiner Rede ebenfalls auf die Vorwürfe der NEOS bzw. deren Klubobmann Niko Swatek ein: „Als Landesobmann der JVP ist es mir immer ein großes Anliegen, das Miteinander der Generationen zu suchen, weil ich glaube, dass das Miteinander in einer Gesellschaft extrem wichtig ist. Daher hat mich deine Wortmeldung schon überrascht und in welcher Parallelwelt du anscheinend lebst, wenn du behauptest, uns droht jetzt dank der Corona-Krise ein Rückgang in die Situation der 1950er!“

**Schnitzer** weiter: „Wir sind in der Steiermark mit über 155.000 Schülerinnen und Schülern in ca. 880 Schulen das Bildungsland Nummer 1. Wir wissen, dass gerade Corona sehr, sehr viel von den Schülerinnen und Schülern aber auch von den Pädagoginnen und Pädagogen verlangt. Und in den Schulen wird großartige Arbeit für die steirische Bildungslandschaft geleistet. Wir brauchen keinen Corona-Populismus und keine Corona-Polemik in unserem Land!“

## Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

*Darlegung des Landesbudgets:*

### **„Wir schauen mit Optimismus und Zuversicht in die Zukunft der Steiermark!“**

In der letzten Landtagssitzung wurde das Landesbudget für das Jahr 2021 von LH.-Stv. und Finanzlandesrat Anton Lang (SP) dargelegt.

VP-Finanzsprecher DI Andreas **Kinsky** sagte in seiner Rede: „Wir haben hier wahrscheinlich alle unterschiedliche Gründe, warum wir in die Politik gegangen sind. Aber eines eint uns: Dass wir mit unserem Tun, mit unserem Handeln, eine gute Zukunft für unsere Kinder und Kindeskinde hinterlassen wollen. Natürlich ist so ein Tag, wo wir so ein Budget präsentieren wie heute, kein Tag des Jubels.“

„Es gibt zwei wesentliche Dinge, warum heuer etwas anders ist. Der erste Grund ist der Rechnungsabschluss 2019“, so **Kinsky**. Man hätte viel zu wenig Zeit gehabt, sich damit auseinandersetzen, auch aufgrund der Corona-Krise. Die Steiermark könne in konjunkturell guten Zeiten einen Schuldenabbau leisten, das bedeute um 600 Millionen Euro besser im Schuldenstand abschneiden als prognostiziert.

Das hätte der Steiermark, ohne dass man es vorher gewusst hätte, einen entscheidenden Spielraum verschafft, um jetzt in der Corona-Krise gegensteuern zu können. „Hier wurde auf Seiten der Landesregierung hervorragende Arbeit geleistet“, sagte **Kinsky**.

„Der zweite Grund, warum dieses Jahr etwas anders ist, ist natürlich Corona. Es kann, darf und wird nie Teil der steirischen Politik sein, dass wir Menschenleben bewusst riskieren, wenn wir wissen, dass es mit gewissen Maßnahmen möglich ist, diese zu retten. Deswegen ist es auch wichtig und richtig, dass wir sowohl gesundheitspolitisch als auch wirtschaftspolitisch dieser Krise begegnen“, so **Kinsky**, „Wir schauen mit Optimismus und Zuversicht in die Zukunft der Steiermark!“

**Das Landesbudget 2021 wird im Finanz-Ausschuss sowieso im Landtag im Dezember zur Debatte gestellt.**

*Irreführung durch einige Oppositionsparteien*

## **Neues Gesetz gewährleistet weiterhin beste Kinderbildung und - betreuung**

**In der letzten Landtagssitzung wurde eine Novelle des Steiermärkischen Anstellungserfordernisgesetzes (StAEG) beschlossen. Mit der Novelle reagiert die Steiermark auf den wachsenden Personalbedarf im Bereich der Elementarpädagogik und macht hierfür eine zusätzliche Ausbildung möglich.**

„Die Behauptungen über einen Crashkurs zur Elementarpädagogin bzw. zum Elementarpädagogen, die vonseiten einiger Oppositionsparteien in den letzten Wochen verbreitet wurden, sind schlichtweg falsch!“, erklären die Klubobleute der Regierungsparteien Barbara **Riener** (VP) und Hannes **Schwarz** (SP). „Bereits seit längerer Zeit herrscht ein Mangel an ausgebildeten Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen. Darauf reagieren wir nun. Wir schaffen durch die Novelle die Möglichkeit, Personen mit bestimmten facheinschlägigen pädagogischen Ausbildungen eine befristete Ausnahmegenehmigung zu erteilen, um die Aufgabe einer Pädagogin bzw. eines Pädagogen zu erfüllen. So können wir vermeiden, dass einzelne Gruppen oder womöglich gesamte Einrichtungen geschlossen werden müssen oder aufgrund fehlenden Personals nicht in Betrieb gehen können. In anderen Bundesländern sind solche Ausnahmegenehmigungen bereits gang und gäbe.“ Bevor eine solche erteilt wird, müssen in der Steiermark – wo die strengsten Maßstäbe aller Bundesländer gelten – zudem sämtliche bereits bestehende Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Personen, die für die Erteilung einer derartigen Ausnahmegenehmigung in Frage kommen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen:

- Sie müssen sich in Ausbildung zur Kindergartenpädagogin bzw. zum Kindergartenpädagogen befinden.
- Sie müssen mindestens zwei Semester eines Kollegs für Elementarpädagogik absolviert haben.
- Sie müssen beim Besuch der BAfEP, für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung, das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Möglichkeit wird im Regelfall erst nach Abschluss der 4. Klasse zur Anwendung kommen.
- Sie müssen eine dreijährige Fachschule für pädagogische Assistenzberufe in der Elementarpädagogik erfolgreich abgeschlossen haben.
- Sie müssen ein einschlägiges pädagogisches Studium erfolgreich abgeschlossen haben.
- Kinderbetreuerinnen/Kinderbetreuer mit mindestens 5-jähriger einschlägiger Berufserfahrung.

## Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Zusätzlich zu den bereits erbrachten Erfordernissen müssen die in Frage kommenden Personen eine weitere Ausbildung im Ausmaß von 30 Stunden absolvieren. Diese Personen würden dann in Frage kommen, wenn die Erhalterin bzw. der Erhalter der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung nachweislich keine ausgebildete Person findet. Die Ausnahmegenehmigung ist außerdem auf maximal ein Betreuungsjahr begrenzt. „Wer als Pädagogin bzw. Pädagoge eingesetzt wird, wird auch dementsprechend entlohnt werden“, sagen die Sprecherin bzw. der Sprecher für Kinderbetreuung Silvia **Karely** (VP) und Wolfgang **Dolesch** (SP).

Aufgrund des gestiegenen Bedarfs und des damit verbundenen Ausbaus der Einrichtungen, herrscht schon seit längerer Zeit am Arbeitsmarkt in ganz Österreich ein Mangel an ausgebildeten Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen, der sich auch in der Steiermark mit Beginn des neuen Kinderbetreuungsjahres 2020/21 zugespitzt hat. Hierfür gibt es einige Gründe, zum Beispiel, dass viele Absolventinnen und Absolventen einer BAfEP nach der Matura nicht in das Berufsleben einsteigen, sondern ein Studium beginnen. Da die Erfahrung auch in anderen Mangelberufen zeigt, dass die Berufswahl mit 15 Jahren sehr oft zu früh ist, braucht es flexible Ausbildungsmöglichkeiten. „Daher fordern wir die Bundesregierung auf, gezielt mehr Ausbildungsplätze vor allem in Kolleg-Form für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen anzubieten, um ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stellen zu können. Wir sind den Eltern und Kindern in der Steiermark verpflichtet!“, so **Riener** und **Schwarz** abschließend.

**Die Regierungsvorlage wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.**

*ÖVP und SPÖ fordern Verlängerung und Anhebung der Schwellenwerte:*

## **Wichtiger Antrieb für regionale Wirtschaft!**

**„Investitionen sind ein Schlüsselfaktor, um die Corona-Krise gut bewältigen zu können. Dadurch kann die Arbeitslosigkeit in der Steiermark verringert werden und die Menschen zurück in die Beschäftigung gebracht werden“, so die Landtagsabgeordneten Alexandra-Pichler-Jessenko (ÖVP) und Bernadette Kerschler (SPÖ). „Darum fordern wir nicht nur eine Verlängerung der Schwellenwerteverordnung auf die kommenden zwei Jahre, sondern auch deren Erhöhung.“**

Durch die bestehende Schwellenwerteverordnung können öffentliche Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich bis zu 100.000 Euro direkt und ohne Ausschreibung an Unternehmen vergeben werden. Bei Aufträgen, für deren Vergabe es zumindest drei Vergleichsangebote braucht, liegt der Schwellenwert bei einer Million Euro. Die von der EU vorgegebenen maximalen Schwellenwerte werden durch die bestehende österreichische Verordnung nicht ausgeschöpft. Daher soll die Bundesregierung eine Erhöhung der Schwellenwerte prüfen.

„Das würde Bund, Ländern und Gemeinden eine schnelle und unkomplizierte Vergabe von öffentlichen Aufträgen an regionale Unternehmen ermöglichen“, so **Pichler-Jessenko** und **Kerschler**. Da die Verordnung mit 31. Dezember 2020 ausläuft, fordern die Abgeordneten: „Die Schwellenwerteverordnung muss auf die kommenden zwei Jahre verlängert werden! Eine zusätzliche Erhöhung der Schwellenwerte würde außerdem dazu beitragen, die Wirtschaft in unseren Regionen und Gemeinden weiter anzutreiben und wäre ein zusätzlicher Anreiz für Investitionen in den Regionen. Damit schaffen wir neue Arbeitsplätze – die es gerade jetzt dringend braucht – und wirken auf lange Sicht einer Abwanderung der Menschen in städtische Regionen entgegen.“

**Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**